

Kantonsrat*Parlamentsdienste*

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch*

Medienmitteilung**FIKO befürwortet schulergänzende Tagesstrukturen**

Solothurn, 20. September 2010 – Die kantonsrätliche Finanzkommission folgt bei der Volksinitiative „Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden“ dem Gegenvorschlag des Regierungsrates. Sie lehnt die Volksinitiative „Ja! Freie Schulwahl für alle“ ab. Bei der Gesetzesinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien hat sie sowohl die Initiative wie auch den Gegenvorschlag des Regierungsrates abgelehnt. Zustimmung fand der Kredit für die Ersatzbeschaffung und Ablösung der Telefonie in der Kantonalen Verwaltung.

Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden

Die Notwendigkeit Tagesstrukturen in Form von Mittagstischen, Aufgabenhilfe und Randstundenbetreuung einzurichten, entspricht einem familiären Bedürfnis und ist von Seiten der FIKO nur aus Sicht der SVP bestritten. Fragen ergeben sich über die Form der Finanzierung und wie weit die Gemeinden für ein Angebot in die Pflicht genommen werden dürfen. Eine Mehrheit der FIKO ist der Auffassung, dass schulergänzende Tagesstrukturen nötig sind und die Finanzierung dieser durch die Gemeinden bei Bedarf anzubietenden Strukturen durch Schülerpauschalen des Kantons unterstützt werden soll wie dies der Gegenvorschlag zur Volksinitiative vorsieht.

Volksinitiative „Ja! Freie Schulwahl für alle“

Mit der Begründung, dass eine freie Schulwahl die Chancengerechtigkeit beschneiden und die öffentlichen Schulen schwächen würde, lehnt die FIKO die Volksinitiative ab. Die bei Annahme der Initiative geschätzten jährlichen Kosten von 20 Mio. Franken sollen nicht zu Lasten der öffentlichen Schule gehen und sind darum nach Ansicht der FIKO nicht finanzierbar. Die Ablehnung der Initiative ermöglicht weiterhin, dass In Ausnahmefällen der Schulbesuch einer Privatschule vom Kanton finanziell unterstützt wird, wenn kein geeignetes staatliches Angebot vorhanden ist.

Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2009 der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Die Kommission würdigt die Leistung der FHNW im vergangenen Jahr. Die FHNW ist schweizweit sehr gut positioniert, die Leistungsziele konnten in den meisten Bereichen erreicht werden. Allerdings bereitet die stets steigende Anzahl der Studierenden und die Ausweitung des Bildungsangebotes nicht nur Freude. Es werden damit auch Kosten generiert, die gemäss Staatsvertrag anteilmässig von den vier Trägerkantonen BL, BS, AG und SO übernommen werden müssen. Obwohl der Jahresabschluss 2009 besser ausfällt als budgetiert, weist die Rechnung einen Verlust von rund 3,5 Mio. Franken aus. Die prognostizierte Finanzierungslücke für die Leistungsperiode 2009 bis 2011 beträgt 37,3 Mio. Franken. Die Finanzkommission wird sich in diesem Zusammenhang noch mit einem Zusatzkredit zu befassen haben.

Gesetzesinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien

Die kantonsrätliche FIKO hat im Zusammenhang mit der zu beratenden Gesetzesinitiative und dem Gegenvorschlag des Regierungsrates verschiedene Kostenmodelle zur Prämienverbilligung beraten. Auf Ablehnung gestossen ist sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag des Regierungsrates. Die FIKO ist somit dem Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission gefolgt.

Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den Ersatz der Telefonsysteme

Einstimmig hat die kantonsrätliche Finanzkommission dem Kredit für die Ersatzbeschaffung der Telefonie im Kanton Solothurn zugestimmt. Das neue Telefoniekonzept „Voice over IP“ führt zu einer Verminderung der jährlich wiederkehrenden Wartungskosten und berücksichtigt die neueste Technologie.

Im Weiteren hat die FIKO den Verpflichtungskredit über drei Mio. Franken für die Einführung von Leistungstests an den Volksschulen in den Jahren 2011 bis 2015 gutgeheissen.

Beim Auftrag „Klare Regelung der Finanzkompetenzen“ ist sie dem Antrag des Regierungsrats auf Erheblicherklärung gefolgt.

Zudem liess sie sich über den Stand der Arbeiten der Entlastung Region Olten informieren.